



## **Alternativantrag**

der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen

zu „Landesweite Katzenschutzverordnung für Schleswig-Holstein“ (Drucksache 20/1356)

### **Katzenkastration als ein Weg zu mehr Tierschutz**

Der Landtag wolle beschließen:

Die zwei Mal jährlich stattfindenden Programme zur Katzenkastration sind ein großer Erfolg und tragen zu einer Reduzierung der unkontrollierten Ausbreitung von freilaufenden Katzen bei. In diesem Zuge begrüßt die Koalition, dass die Mittel für die Katzenkastrationsaktion in den vergangenen zwei Jahren angehoben worden sind.

Das Problem streunender Katzen kann aus unserer Sicht unter anderem mit der Eindämmung des illegalen Online-Tierhandels und einer Identifizierungspflicht reduziert werden. Hier soll zeitnah eine Bundesratsinitiative der Landesregierung gestartet werden.

Hierzu bitten wir die Landesregierung darauf hinzuwirken, dass eine deutschlandweite Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht eingeführt werden kann, damit jede Katze zukünftig gekennzeichnet und zugeordnet werden kann, um auch die Tierheime zu entlasten.

Wir bitten die Landesregierung vermehrt auf die Möglichkeit der Einführung einer kommunalen Katzenkastrationspflicht hinzuweisen, da vielen Kommunen das Instrument noch nicht bekannt ist. Von dieser wird bereits jetzt in manchen

Kommunen Gebrauch gemacht, sofern es vor Ort ein größeres Problem mit freilebenden Katzen gibt.

Cornelia Schmachtenberg  
und Fraktion

Dirk Kock-Rohwer  
und Fraktion